



An die
Mitglieder des
Rates der Gemeinde Ostbevern

Ostbevern, 17. März 2009

Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion vom 15.03.2009 zur Rathuserweiterung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Antrag der CDU-Fraktion vom 15.03.2009 zur Rathuserweiterung wird wie folgt Stellung genommen:

Gibt es innerhalb des Ortskerns Möglichkeiten mittel- bzw. langfristig Büroraum anzumieten, der den Anforderungen einer bürgernahen und freundlichen Verwaltung entspricht ?

Es ist nicht bekannt, dass in zentraler Lage solche Räume in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Die Räume, die die Verwaltung derzeit an der Erbdrostenstraße angemietet hat, sind verkehrsgünstig gelegen, ebenerdig zu erreichen und für eine bürger-nahe Dienstleistung geeignet.

Bekanntlich errichtet die Vereinigte Volksbank in Telgte ein neues Verwaltungsgebäude. In diesem Gebäude sollen künftig die zentralen Dienstleistungen der Bank abgewickelt werden. Für den Standort der Volksbank Ostbevern bedeutet dieses, dass von den derzeit etwa 15 Arbeitsplätzen etwa 10 Arbeitsplätze in Ostbevern verbleiben.

Im Obergeschoss des Volksbankgebäudes befinden sich derzeit 7 Büroräume, auf die die Bank nach Inbetriebnahme des neuen Verwaltungsgebäudes verzichten kann. Diese 7 Räume haben eine Nutzfläche von rd. 150 m², liegen gleichwohl im OG der Bank und sind derzeit nur über eine Treppe zu erreichen.⁷ Das Raumangebot ist sowohl von der Anzahl als auch von der Lage der Räume schlechter als an dem derzeitigen Standort an der Erbdrostenstraße. Im übrigen lässt sich an dem Standort Großer Kamp der gesamte Raumbedarf der Verwaltung nicht decken, so dass der derzeitige Nachteil einer „2-poligen“ Verwaltung weiter bestehen bleiben würde.



Gibt es aus der Sicht der Verwaltung Alternativen zur derzeitigen „Vorplanung“ und sind andere Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlichen Büroraums, z. B. Aufstockung, auf Machbarkeit überprüft worden?

Alternativen gibt es aus der Sicht der Verwaltung keine. Die der Vorplanung zugrunde gelegten Flächenbedarfe entsprechen den Erfordernissen. Es ist im übrigen zu erwarten, dass den Kommunen auch in Zukunft weitere Aufgaben zugewiesen werden. Die derzeitige Vorplanung lässt bei den bestehenden Raumzuschnitten noch an der einen oder anderen Stelle solche zusätzlichen Arbeitsplätze zu.

Eine Aufstockung des derzeitigen Verwaltungsgebäudes ist nicht geprüft worden, weil eine solche Lösung das städtebauliche Bild nachteilig verändern würde. Im übrigen würde – unabhängig davon, ob es statisch möglich ist – die gewonnene Fläche im 2. OG nicht ausreichen, um den Raumbedarf zu decken.

Gibt es zu dem vorgestellten Entwurf weitere, kostengünstigere Alternativen?

Aufgrund der Zustimmung, die der vorliegende Vorentwurf besonders nach der öffentlichen Vorstellung gefunden hat, sind Alternativplanungen nicht in Auftrag gegeben worden.

Es sollte im übrigen bedacht werden, dass sich die Gemeinde gerade bei privaten Vorhaben im Ortskern mit mehr oder weniger großem Erfolg dafür eingesetzt hat, dass städtebaulich ansprechend und möglichst qualitativ gebaut wird. Diesen Anspruch sollte die Gemeinde auch für sich gelten lassen, gleichwohl auf kostenbewusstes Bauen achten.

Mit welchen jährlichen Folgekosten haben wir zukünftig zu rechnen?

Hierzu hat es bislang keine exakten Berechnungen gegeben. Im übrigen ist zu berücksichtigen, dass bei gemieteten Räumen die Raummiete zu zahlen ist, zusätzlich die Betriebskosten. Bei einem eigenen Gebäude fallen die Kapitalkosten an und ebenso die Betriebskosten. Diese können bei einem Neubau allerdings durch Einsatz neuer Baustoffe und Gebäudetechniken niedriger ausfallen.

Wie hoch ist der Aufwand für die energiepolitisch erforderliche Ertüchtigung der verbleibenden Bausubstanz und kann diese durch das Konjunkturprogramm finanziert werden?

Für das Verwaltungsgebäude liegt ein Energienachweis vor, der energetische Verbesserungen an einigen Stellen vorsieht (z. B. Schließen von Heizkörpernischen). Diese Maßnahmen sind aufgrund der laufenden Vorplanungen für die Erweiterung des Rathauses zurückgestellt worden, um diese Maßnahmen dann zeitlich aufeinander abgestimmt durchzuführen. Ob hierfür Mittel aus dem Konjunkturpaket II eingesetzt werden dürfen, lässt sich derzeit nicht abschließend beantworten.



Der abschließende Hinweis der CDU-Fraktion, dass die bisherige Planung Räume für ehrenamtliche Aktivitäten vermissen lässt und hier Nachbesserungen erwartet werden, wird zur Kenntnis genommen.

In den bisherigen Gesprächen mit den Fraktionen zur Rathausplanung bestand Einvernehmen, die Begegnungsstätte zu erhalten und weiterhin Gruppen zur Verfügung zu stellen. Weiterhin soll ein Sozialraum im DG des Neubaus so erschlossen werden, dass er von außen über einen gesonderten Zugang per Treppe und ebenfalls per Aufzug von Gruppen genutzt werden kann.

Im übrigen stehen Räume für ehrenamtliche Gruppen derzeit an verschiedenen Stellen zur Verfügung: In Schulen, in der Beverhalle, in der KulturWerkstatt, in beiden Pfarrheimen, im DRK-Heim und evtl. auch in dem geplanten Begegnungszentrum am Lienener Damm.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Hoffstädt
Bürgermeister